

Pressemitteilung: Mitte-Studie spiegelt rassistisch geführte Asyldebatte wider

„Die Ergebnisse der Mitte-Studie sind alarmierend, jedoch nicht erstaunlich. Sie müssen aber spätestens jetzt ein Weckruf für alle Demokratinnen und Demokraten sein! Dass mittlerweile jede zwölfte Person in Deutschland ein rechtsextrems Weltbild teilt, ist eine Entwicklung, die vom aktuellen politischen Diskurs genährt wird. Die rassistische Debatte über Migration, wie sie von AfD über Union bis Ampel geführt wird, muss aufhören. Sie gießt Öl ins Feuer von Ressentiments und Gewaltbereitschaft. Das schadet unserer Demokratie - die Studie beweist das“, erklärt die flucht- und rechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger zur heute veröffentlichten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bünger weiter:

„Die massiv angestiegenen Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte und schutzsuchende Menschen und die große Anzahl an Waffenfunden bei Rechtsextremen sind das Ergebnis von rechter Rhetorik, auch im Bundestag. Dagegen braucht es Schutzkonzepte für Unterkünfte, wie bspw. Bannmeilen bei Demonstrationen, und Investitionen in die soziale Infrastruktur. Sämtliche demokratischen Parteien sollten endlich daran arbeiten, statt sich immer weiter der AfD und ihrem menschenfeindlichen Weltbild anzunähern. Es darf keine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen mehr geben.“

„Aus meinem Wahlkreis kenne ich das Problem, dass das Vertrauen in die Demokratie verloren gegangen ist. Dieses Gefühl muss adressiert werden. Es beruht aber nicht auf der vermeintlichen Bedrohung durch Geflüchtete, sondern darauf, dass es an Verkehrsinfrastruktur fehlt, Schulunterricht wegen Lehrkräftemangel ausfällt, Krankenhäuser Stationen schließen und sich Menschen in ihrem Alltag einfach vom Staat verlassen fühlen. Was es braucht, ist ein starker Sozialstaat.“